

Volksstimme

Einzelpreis 24 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die Distributionsstelle an den Wochentagen abends - Verantwortlich: Redakteur Albert Paul, Magdeburg - Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg - Druck und Verlag von W. Pfannschuch & Co., Magdeburg, Große Muntzstraße 4 - Fernsprecher: Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1784, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. - Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. - Verkaufspreis: Woche vom 15. bis 21. Oktober 125 Millionen Mark, Abnehmer 122 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die halbspaltige, 27 Millimeter breite Kompositionsspalte kostet 24 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M.; Vereinstafeln 96 M.; die dreispaltige, 20 Millimeter breite Zeile kostet 42 M., auswärts 168 M.; der Grundpreis wird vermindert mit der Schließzeit der Vereins- und Zeitschriftenverleger, ab 14. Okt. 600 000. Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. - Für Platzvorschriften keine Gewähr. - Postkonten Nr. 127 Magdeburg

Nr. 244.

Magdeburg, Freitag den 19. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Ein Ultimatum an Sachsen.

Die Reichswehr im Wehrkreis 4 (Dresden) hat sich auf ihre Weise „verstärkt“, d. h. alles, was an Rechtskonservativen in der Eile aufzutreiben war, ist in die Reichswehr eingerückt und der Wehrkreiskommandeur fühlt sich stark genug, um den Krieg gegen Sachsen zu beginnen. Ganz nach den Regeln der Kriegstheorie hat er zuvor noch ein „Ultimatum“ an die sächsische Regierung gerichtet, in dem es heißt:

Nach der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 34 vom 15. d. M. hat der Minister Böttcher am 13. Oktober in der von der kommunistischen Partei Deutschlands einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten in Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen, die Koalitionsregierung habe bankrottiert. Es gebe nach dieser Entwicklung, in der wir stehen, eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat müsse sofort bewaffnet werden. Die Massenorgane des Proletariats seien die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Hundertschaften, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet habe in langem Kampfe, das seien Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen müsse.

Seine Ausführungen haben folgende Resolution zur Folge gehabt:

Die am 13. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entrüstet gegen das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht diese Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln den Kampf um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur Stinnes über die Arbeiterklasse unmöglich zu machen und jede Maßnahme der sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats diene, sofort durchzuführen.

Damit ist durch den Minister Böttcher eine offene Kampfanfrage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolution veranlaßt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampfe. Diese Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September erlassenen Verfügungen dar.

Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung zur Voraussetzung genommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unambiguos auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium im Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will, oder ob es entgegen den Versicherungen des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln? Für den letzteren Fall muß ich, um ein klares Verhältnis zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung dem Wortlaut nach in der Presse veröffentlicht.

Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartigen Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.

Mit der Versicherung der vorzüglichen Hochachtung gez. Müller, Generalleutnant.

Darauf hat der sächsische Ministerpräsident Zeigner im Landtag geantwortet, daß die sächsische Regierung bereit sei, verfassungsmäßige Anordnungen übergeordneter Reichsbehörden auszuführen, sie sei aber dem General Müller nicht Rede und Antwort schuldig und werde ihm daher auch keine Antwort geben.

Die Dinge in Sachsen spitzen sich also in äußerst gefährlicher Weise zu. Es ist nun eine Minute vor 12 Uhr. Eine

Katastrophe ist unvermeidlich,

wenn nicht von den Zentralstellen des Reiches sofort energisch eingegriffen wird, und zwar fordern wir ein solches Eingreifen von zwei Seiten her: einmal hat die Reichsregierung den Latendrang des Generals Müller zu zügeln und zum andern muß der sozialdemokratische Parteivorstand die Führung unserer Partei in Sachsen übernehmen.

Der Konflikt zwischen Reichswehr und sächsischer Regierung berührt die gesamte deutsche Arbeiterschaft, er zieht Partei und die Gewerkschaften in einen Kampf, in dem nicht sie die Führung haben, sondern auf dem Umweg über die kommunistischen Minister in Sachsen die Zentrale der Kommunisten. Das ist für uns untragbar, zumal gerade die Provinz Sachsen sofort in den Strudel gezogen wird. Die Art, wie die Reichswehr sich auch in der Provinz Sachsen „verstärkt“, hat die an sich schon schier unerträgliche Spannung in einer Weise überladen, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. In dem äußerlich noch ruhigen Regierungsbezirk Magdeburg gärt und brodelt es bedenklich in der Tiefe.

Die Reichsregierung darf die Dinge nicht treiben lassen, wenn sie nicht erleben will, daß es

im Herzen Deutschlands zu einer Explosion

kommt, die nach Lage der Dinge ganz Deutschland in Mitleidenschaft zieht. Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes und die Ernennung eines Staatskommissars für Sachsen, Thüringen und die Provinz Sachsen kann jetzt noch eine Entspannung herbeiführen. Vielleicht ist es übermorgen dafür schon zu spät. Wir lassen auch keinen Zweifel daran, daß wir keine Möglichkeit sehen, durch den Einfluß der Partei und der Gewerkschaften allein die Dinge zu meistern, wenn nicht von den Berliner Zentralstellen zu einer Entspannung beigetragen wird.

Die Regierung wehrt sich.

Im Sächsischen Landtag wurde am Mittwoch die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Im Verlauf der Debatte bezeichnete Genosse Zeigner die von den bürgerlichen Rednern über ihn verbreiteten Dinge als Klatsch und weist es entschieden zurück, daß ihn die Gegner der Unwahrheit bezichtigten. In der Regierungserklärung werde ausdrücklich festgestellt, daß die beiden kommunistischen Minister den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Er stelle das Protokoll gern zur Verfügung. Gegenüber den Ablehnungen einer Diktatur des Großkapitals durch bürgerliche Diskussionsredner stellt der Ministerpräsident fest, daß Stinnes 30 Unternehmen im Ausland besitze und in weiteren 245 Unternehmen das Übergewicht hat. Welch ungeheuern Reichtum dieser Industrielongren besitzt, beweist, daß er die Kosten für die gesamte illegale Reichswehr bestreitet.

Wir haben heute eine kaum noch verhüllte Diktatur des Militärs und des Großkapitals. Der sächsischen Regierung ist ein Schreiben des Generals Müller zugegangen, in dem unter Hinweis auf die Rede des Ministers Böttcher in Leipzig eine ungewisse Erklärung darüber verlangt wird, ob die Regierung mit dem Geiste und dem Wortlaut der Böttcher'schen Ausführungen einverstanden ist oder ob die Regierung gewillt ist, nach seinen Weisungen zu handeln. (Lebhaftes Hört, hört! links. Sehr richtig! rechts.) Sie müssen wissen, daß die Regierung nicht dem Militärbefehlshaber verantwortlich ist, sondern der Militärbefehlshaber der Regierung. Der General Müller hat eine Erklärung zur Interpellation beigefügt des Inhalts, daß Böttchers Rede als eine Entgleisung bezeichnet wird. (Hört, hört!) Das alles geschieht im Auftrag eines demokratischen Ministers. Wenn die Parlamente sich solche Dinge gefallen lassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man den Parlamenten in Deutschland immer mehr jede Bedeutung abspricht. Die Regierung ist nur dem Landtag verantwortlich. Die nächsten, die man mundtot machen wird, sind sie, die Demokraten, selbst.

Am Schluß der Sitzung gab Ministerpräsident Genosse Doller Zeigner eine Regierungserklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Das Reich war gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen. In allen offiziellen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren müßte, um gegenüber Bayern Herr der Situation bleiben zu können. Herr v. Kossow ist nicht gegen den verfassungswidrigen Generalstaatskommissar eingeschritten, er ordnete sich ihm unter. Mit Befahren konstatiert die Münchner offiziöse Presse: Wir haben die größere Macht, nicht das Reich. Rahr aber handelt gegen das Reich, gegen Gesetz und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Geislager. In Bayern wird die Steuerfabotage organisiert. Bayern regelt die Lebensmittelversorgung selbständig und schließt sich gegenüber dem Reich ab. Es verhindert die Fortführung der in Nürnberg liegenden, dem Reich gehörigen Goldbestände. Bayern organisiert den Kampf gegen das Reich.“

Warum handelt das Reich nicht?

Wir sehen ja, daß das Reich an andern Stellen handeln kann, hier in Sachsen und in andern Teilen des Reiches.

Die erste Verordnung des sächsischen Wehrkreis-Befehlshabers enthält die Erklärung, daß die Regierungen in Wirklichkeit bleiben. Schon diese Erklärung mußte befremden. War denn der Ausnahmezustand etwa verhängt, um Regierungen zu stürzen? Am 29. September wurde mitgeteilt, daß das Wehrkreiskommando des Reichswehrministeriums zum Einschreiten veranlassen wolle, falls hier im Landtag die Interpellationen über die Beziehungen zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen zur Sprache gebracht würden. In einem Schreiben vom 9. Oktober kündigt das Wehrkreiskommando an, daß es Vertreter der sächsischen Regierung künftighin zu vertraulichen Besprechungen nicht mehr empfangen könne. Wir sind nicht dem Wehrkreiskommando Rechenschaft schuldig, weder für amtliche noch für private Äußerungen eines unserer Mitglieder. Noch haben wir nicht die

Militärdiktatur als legale Einrichtung,

noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Für amtliche Äußerungen sind wir zu h e n, nicht dem Generalleutnant Müller Rede und Antwort schuldig. Generalleutnant Müller schreibt, er habe bisher die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen, für ihre Fortführung müsse er um ungewisse Erklärungen der Regierung bis morgen früh bitten und er fordert, daß die sächsische Regierung die ihm zu gebende Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Er verlangt sogar Maßnahmen der Regierung gegen Reden ihrer Mitglieder. Gegenüber diesen rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generalleutnants Müller erkläre ich für die sächsische Re-

gierung: Wir lehnen es ab, ihm Antwort zu geben. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, wir werden verfassungsmäßige Anordnungen einer über uns stehenden Reichsbehörde ausführen. Für den Fall aber, daß der Generalleutnant Müller diese Andeutungen wahr machen sollte, daß er die Fortführung der Mitarbeit der sächsischen Regierung nur gestatten werde, falls wir ihm Rede und Antwort geben, für diesen Fall erkläre ich schon jetzt: Herr General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Begriff steht, den Boden des Rechtes und der Verfassung zu verlassen. Wir warnen. Aber wir warnen nicht nur, wir fordern auch vor der Reichsregierung, daß endlich gegen ein so unmündiges Verhalten durchgegriffen und eingeschritten wird.“

Schließlich wurde das deutsche nationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit den sozialistischen-kommunistischen Stimmen gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum stimmten auch alle demokratischen und volksparteilichen Abgeordneten. —

Eine Konferenz der Not.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgenden Aufruf:

Die drei unterzeichneten Minister fordern die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskartelle und Konsumvereine Sachsens auf, für Sonntag den 21. d. M. eine Konferenz zu beschicken durch Delegierte ihrer Organisationen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und Ernährung der werktätigen Massen sicherzustellen seien.

Die unterzeichneten Minister wollen alle Maßnahmen mit den notleidenden werktätigen Schichten sachverständig beraten.

Die Konferenz beginnt vormittags 10 Uhr im Volkshaus Chemnitz, Zwaidauer Straße 152.

Georg Graupe, Arbeitsminister, Fritz Seifert, Wirtschaftsminister, F. Paul Böttcher, Finanzminister.

Seifert und Böttcher sind die neuen kommunistischen Minister; Graupe, ein Sozialdemokrat, hat schon dem letzten Kabinett Zeigner angehört. —

Wie die Reichswehr sich „verstärkt“.

Zuvor eine Feststellung: wir sind durchaus der Auffassung, daß die Machtmittel der Republik in besonderen Fällen einer Verstärkung bedürfen. Es stehen der Reichswehr in der Provinz Sachsen in jeder Hinsicht auch genügend zuverlässige verfassungstreue Staatsbürger zur Verfügung, und gerade deshalb hat die Tatsache, daß alle möglichen Leute, nur keine Republikaner um Hilfe erjudet wurden, die schlimmsten Befürchtungen erweckt.

Wie stehen die Dinge? Stahlhelm, Werwolf, Rolandbund, Bismarckbund, alle möglichen Arten von Militärvereinen haben ihre Leute in die Reichswehr geschickt, zum Teil ist die Werbung in geradezu ungeheuerlicher Weise begründet worden.

Vom Magdeburger Kruppwerk z. B. sind ausgerechnet die Leute eingerückt, die schon einmal zu dem geplanten Hitlerputsch nach München „einberufen“ waren. Der Rolandbund war am Reichswehrblock Stöckbach beteiligt. Einer der an dieser Affäre beteiligten Reichswehrsoldaten, der deshalb entlassen worden ist, steht frisch und wohlgenut als Stahlhelmann bei den Magdeburger Pionieren. Es ist so, wie an anderer Stelle gesagt: was an Reichsputschisten im Regierungsbezirk Magdeburg aufzutreiben war, steht in der Reichswehr als „Verstärkung“.

Es sind zu uns eine Anzahl Leute aus der Umgebung Magdeburgs gekommen, die von Stahlhelmführern „eingezogen“ wurden, weil es gegen die Juden und die Franzosen gehe. Von Gutsherrn und sonstigen Leuten, die gut verdient haben, wurden die Leute nach Magdeburg mit Autos gebracht — hier liefen sie die Proleten einrücken und sie selbst zogen wieder ab. Nicht wenige Leute sind dann wieder abgegangen, weil ihnen die ganze Geschichte höchst verdächtig vorkam.

In der Reichswehr selbst ist unter die Mannschaften durch diese Leute Unruhe getragen worden, weil sie überall erzählen, welche große Heldentaten sie gegenüber dem „innern Feinde“, gegen die „Novemberverbrecher“ zu vollbringen gedenken. Von der Verfassung, von der Regierung wird in höchst wegwerfendem Tone gesprochen.

Darf sich die Regierung, darf sich die Reichswehr wundern, wenn unter diesen Umständen auch ernsthafte Leute befürchten, daß in Magdeburg oder wo die so verstärkte Reichswehr sonst eingesetzt wird, Dinge sich abspielen, wie in K ü f f r i n? Die Verstärkungen selbst können das ja offen an. Wir fordern ungefährmt die Entlassung der Eingestellten und die Auffüllung der Reichswehr gemäß den in Preußen getroffenen Vereinbarungen.

Gewerkschaften und Wirtschaftsnot.

Die Bundesauschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen traten Mittwochs vormittag zum erstenmal im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrats zu einer gemeinsamen Tagung zusammen, um zu der gegenwärtigen bedrohlichen Lage unseres Volkes Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Genossen Larnow, Verhandlungsleiter der Holzarbeiter, über Wirtschaft und Ernährung, und ein Referat des Genossen Schweizer, Bundesvorsitzender der technischen Angestellten, über Finanz- und Währungsreform.

Die Leitgedanken der Tagung wurden zusammengefaßt in folgender

Entschlichung:

Im Namen des arbeitenden Volkes erklären die versammelten Ausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß die Not der breiten Massen einen Grad erreicht hat, der nicht mehr ertragen werden kann. Große Massen Arbeitsloser und Hungerleidender sind der Verzweiflung überliefert. Die Löhne der noch Arbeitenden sind auf ein Maß herabgedrückt, das zum normalen Leben nicht mehr ausreicht. Im wilden Laufen überstiegen sich die Preise und überdehnten den Weltmarktstand. Die völlige Desorganisation der Wirtschaft führt das deutsche Volk in den Abgrund. Unverantwortliche Kräfte sind offen und verständig am Werke, um die Republik zu zerstören, die Reichseinheit zu zerstören und

die wirtschaftliche und politische Diktatur

gegen die Mehrheit des Volkes zu errichten.

Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Zwangsopfer des Besitzes, muß sofort herbeigeführt werden. Nur auf der Grundlage einer festen Währung kann auch die allgemein als notwendig anerkannte höhere Leistung des Produktionsapparats — unter Ausschaltung aller parasitären Endergebnisse, die heute am Ertrag der nationalen Arbeit gehen — erreicht werden. Die Bundesauschüsse fordern deshalb die

schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung

für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Eine Zwischenlösung ist für die Arbeiterklasse nur tragbar, wenn damit gleichzeitig der Zustand befristet wird, daß die Warenpreise nach einer festen Goldwährung berechnet, die Löhne und Gehälter aber in einer Währung bezahlet werden, deren Kaufkraft täglich und stündlich sinkt. Innerhalb dieser Frist müssen Preise und Löhne auf die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden.

Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Zeit die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Notenpreise zu senken. Es genügt nicht, bestehende Steuern wertbeständig einzuführen, vielmehr müssen

weitere starke Abgaben vom Besitz

erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, zu diesem Zweck eine Erhöhung von Sachverträgen und die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Wirtschaft durchzuführen.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß eine dauernde Stabilisierung der Währung und Ordnung der öffentlichen Finanzen nicht erreicht werden kann ohne eine Gesundung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften verlangen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Dem entgegen steht aber der Egoismus des Unternehmertums, der sich auswirkt in maßlosen Preissteigerungen und seinen fünfzigsten Ausdruck gefunden hat in der

maßlosen Preissteigerung der Kartelle.

Die maßlose Preissteigerung dieser gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangsorganisation, die Beschränkung des heimischen Wirtschaftskreislaufes, die Erzeugung eines erheblichen Preisrückganges und damit Stärkung der Konsumkraft sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedergeburt. Die Unternehmer verlangen, die eigene Schuld und Unfähigkeit in der Führung der Wirtschaft zu verdecken hinter Angriffen auf die Arbeiterklasse und den Staat. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse steht dem Versuch, den gesetzlichen Arbeitsvertrag zu befechten,

nach wie vor entschlossenen Widerstand

entgegen in der Gewißheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Arbeitsvertrages eine ausreichende Produktion möglich ist. Soweit an einzelnen Stellen

der Wirtschaft Ueberzeitung notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Im Namen der hungernden Massen fordern die Gewerkschaften von der Regierung sofortige Maßnahmen zur

Hebung der Lebensmittelnot.

Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert. Erfassung der Ernte, härteste Strafen für Zurückhaltung und Wucher mit Lebensmitteln müssen unverzüglich angeordnet werden, um ausreichende Mengen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen. Im vor Eintritt der Frostperiode die Eindeckung mit Wintervorräten zu ermöglichen, fordern die Gewerkschaften Kreditabkommen mit solidarischer Haftung des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes.

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse richten die Versammelten die Mahnung zur

Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin.

Der politische, wirtschaftliche und soziale Generalangriff gegen die Arbeiterklasse kann erfolgreich nur abgewehrt werden durch deren geschlossene Front. Der von den drei Spitzenverbänden eingeleitete Aktionsausschuss übernimmt die Führung dieses Widerstandes.

Leipart eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß die Tagung in einer fürchtbar ersten Stunde stattfindet. Die Aufgaben der Gewerkschaften seien zweifacher Art, sie wolle an die Regierungen und an die gesamte Öffentlichkeit Worte der Mahnung, an ihre Mitglieder und auch an die Regierung Worte der Ermütigung und Stärkung hinausbringen lassen. Wenn auch die Regierung in ihrer Gesamtheit zweifellos über die Lage des Volkes genügend informiert sei, so sei es doch nicht überflüssig, wenn aus dem Munde der Vertreter der großen Spitzenorganisationen die Lage noch einmal geschildert würde.

Die Gewerkschaften, die manchmal in schwierigen Augenblicken von der Regierung berufen und auch stets eingeprengt sind, seien dazu auch heute bereit. Sie seien überzeugt, daß die Regierung den guten Willen habe, die Schwierigkeiten zu meistern. Zusammenhänge der Gewerkschaften manches frühzeitiger herauszugreifen, als es geschehen sei. „Wir stellen uns der Regierung zur Verfügung,“ so erklärte Leipart, „um sie zu stützen, soweit das mit unsern schwachen Kräften möglich ist.“

An unsre Mitglieder aber richten wir die Mahnung, nicht ungeduldig zu werden, obgleich diese Ungeduld berechtigt ist, und nicht den Glauben an den guten Willen der Gewerkschaften zu verlieren. Es herrscht eine große Unzufriedenheit in den Reihen unserer Mitglieder. Man macht den Führern den Vorwurf, daß sie nicht den genügenden Einfluß genommen hätten. Aber es ist in der letzten Zeit den Gewerkschaften eine Macht zugewendet und es sind daraus Erwartungen gezogen worden, die weit über das Maß hinausgegangen sind. Trotz der Zahl unsrer Mitglieder hat die Macht der Gewerkschaften ihre Grenzen. Wir wollen nicht die Politik beherrschen oder die politischen Parteien verdrängen, wir haben auch nie eine Nebenregierung der Gewerkschaften auftrichten wollen. In der Begrenzung haben wir getan, was möglich ist, das soll man bei aller Kritik anerkennen.

Auch der Reichsarbeitsminister Doktor Brauns nahm das Wort. Er erklärte, daß das ständig wachsende Heer der Arbeitslosen nicht nur eine Gefahr für die Wirtschaft, sondern auch eine Bedrohung der Existenz des Reiches ist. Das ganze Problem sei so groß und so kompliziert, wie wir es seit Kriegsende noch nicht erlebt haben. Der Minister erkannte die starke Reduzierung der Reallohne durch die übermäßige Preissteigerung an. Deshalb soll mit aller Kraft gegen die Preistreiber der Kartelle und die Mißbräuche im Kartell- und Trustwesen vorgegangen werden.

Das Ermächtigungsgesetz soll nicht gegen die Interessen und Wünsche der Arbeiterklasse angewendet wer-

den. Die Regierung werde nach allen Seiten gleichmäßig vorgehen. Dr. Brauns gab dann seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Gesetze über die Arbeitszeit und über das Kartellwesen im gleichen Schritt und Tritt erledigt werden. Die sozialen Unterstützungen sollen nicht abgebaut werden. Um der Notlage der Bevölkerung gerecht zu werden, sollen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge Verbesserungen eintreten. Leider seien die Mittel der Regierung beschränkt, da wir nicht eine neue Währung aufbauen und unsere Finanzen in Ordnung bringen und auf der andern Seite so tun können, als ob wir keine Not leiden. Die Regierung will der ungeheuren Krise und Notlage durch gewisse Änderungen im Wirtschaftsleben Rechnung tragen. Sie sei weit davon entfernt, hinsichtlich der Rechtsverhältnisse der Arbeiterklasse auf die Vorkriegsverhältnisse zurückzukommen. —

Gegen die Stilllegung von Betrieben.

Die sächsische Regierung hatte eine Notverordnung erlassen, durch die die Stilllegung von Betrieben verhindert werden soll. Dagegen laufen die Interessenten Sturm. Jetzt erklären sie, durch die neue Verordnung der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes sei die Verordnung der sächsischen Regierung rechtsunwirksam.

Demgegenüber stellt die sächsische Regierung folgendes fest: „Die Stilllegungsverordnung bleibt gültig. Wohl werden durch die Reichsverordnung solche Vorschriften, wie sie die sächsische Anweisung an die Demobilisierungskommission und die Gewerbeaufsichtsbeamten vom 10. September 1923 darstellen, außer Kraft gesetzt. Die sächsische Verordnung über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben ist dagegen überhaupt keine landesrechtliche Vorschrift, sondern enthält Reichsrecht, das die sächsische Regierung auf Grund der Ermächtigung des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung in Vertretung des Reichspräsidenten für das Gebiet des Freistaats Sachsen erlassen hat. Anordnungen dieser Art können weder vom Reichspräsidenten, noch von der Reichsregierung, noch vom Reichstag unmittelbar aufgehoben werden. Vielmehr haben der Reichspräsident und der Reichstag lediglich die Befugnis, ihre Aufhebung von der Landesregierung zu verlangen.“

Da nun weder der Reichspräsident noch der Reichstag ein solches Aufhebungsverlangen hinsichtlich der sächsischen Verordnung gestellt haben, noch die sächsische Regierung sonst Veranlassung gehabt hat, ihre Anordnung aufzuheben, so besteht diese Verordnung nach wie vor.

Die sächsische Regierung wird sich daher in ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diese Verordnung energisch durchzuführen, trotz aller Angriffe der Interessenten nicht beirren lassen. Alle Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung wird sie mit der gebotenen Schärfe zu bekämpfen wissen. —

Am dreißig Silberlinge.

Der „Vorwärts“ nagelt wieder einmal fest, wie die öffentliche Meinung in Deutschland durch die Stinnes-Presse getäuscht wird. Der Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet aus London:

Die „Daily News“ sagen, es werde abzuwarten, ob der Erfolg Stresemanns irgendeine kräftige Bedeutung haben werde. Das finanzielle Programm der Regierung habe keinerlei Bedeutung, weil es heute ja keine Finanzen mehr in Deutschland gebe. Einer der wenigen Männer, die eine aufbauende Finanzpolitik machen könnten, sei Stinnes.

Nach dem Bericht des „Berl. Tagebl.“ lautet das Urteil der „Daily News“ über Stinnes wie folgt:

Er sei einer der wenigen Männer, der eine konstruktive deutsche Finanzpolitik ermöglichen könnte, aber er habe das Vaterland um dreißig Silberlinge an die Franzosen verkauft.

Der letzte Satz, auf den es vor allem ankommt, ist im Bericht des Stinnes-Organs glatt unterschlagen. Der heftige Angriff des angesehenen englischen Organs gegen Stinnes ist in eine Lobhudelei des völksparteilichen Reichstagsabgeordneten umgewandelt. —

Kleines Feuilleton.

Vortrag im Architekten- und Ingenieurverein.

Farbige Hansafrische und Ingenieurellene in Hamburg? In der letzten Sitzung des Architekten- und Ingenieurvereins wurde ein Vortrag gehalten, der sich mit der Frage beschäftigte, ob die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte. Der Vortragende erklärte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt. Er betonte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt. Er betonte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt.

Der Vortragende erklärte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt. Er betonte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt. Er betonte, dass die Hansafrische eine neue architektonische Richtung sein könnte, die sich aus den Elementen der gotischen, renaissance und barocken Architektur zusammensetzt.

man kann nur wünschen, daß in so verständnisvoller, wenn auch nicht unerschütterlicher Art noch recht viele Schwerfasser in Maßgabe der Zeit werden können. Das ist doch das höchste Ziel der architektonischen Gestaltung, wenn sie nicht ganz von allen Geistern verstanden ist, so wenigstens, so sorgfältig herausgehoben, beweist der glänzende Vortrag des Vortragenden ein hervorragendes Können.

Die Kunst, die der Mensch an der Straßenreliefe zu leisten vermag, ist eine der schönsten und edelsten. Sie ist eine Kunst, die den Menschen die Möglichkeit gibt, seine Gedanken und seine Gefühle in einer Weise auszudrücken, die für alle sichtbar ist. Die Straßenreliefe sind eine Kunst, die den Menschen die Möglichkeit gibt, seine Gedanken und seine Gefühle in einer Weise auszudrücken, die für alle sichtbar ist.

eine unästhetische Melange einzuführen. Aber die Macht dieser Kommission reicht nicht weit genug. Sie muß sich auf Proteste und Verbesserungsvorschläge beschränken und kann nicht so sehr und unmittelbar durchgreifen wie in Hamburg. Hier erweist sich die Macht der Verbesserungsvorschläge als sehr groß, und es ist zu hoffen, dass sie auch in anderen Städten zu einem Erfolg führen wird.

Musik. In Breslau fand eine Donizetti-Aufführung statt. Die einstige Oper „Das Glöckchen“, vor fast 90 Jahren geschrieben, ist von Dr. Wilhelm Kieckhefer in Breslau in eine „Nachspiel“ umgearbeitet worden, brachte es aber auch in dieser bergederten Gestalt zu einem Erfolg. In Helsingfors fand an der Finnischen Oper die Uraufführung des Straußenschen „Kaiserballetts“ unter Franz Mikorey statt; die Presse begrüßt die Vorstellung als Ereignis. Der junge Leipziger Pianist und Konservatoriumslehrer Hans Belk lehrte in Breslau von einer achtwöchigen Kunstfahrt durch Island und Norwegen zurück, wo er mit alt- wie neuzeitlicher Musik Erfolg erlangt. Der bekannte deutsche Pianist Walter Gieseking, der zum erstenmal in London auftrat, holte sich bei der Wiederkehr von Berlin von Bach, Schumann, Debussy und Ravel einen großen Erfolg.

Brahms als Kritiker. Brahms war ein Jugendfreund des Komponisten Bernhard Scholz, der es ihm freilich an Begabung nicht gleichtat. Es war nun für den Meister peinlich, dem Freunde, wenn er ihm seine neuen Werke vorlegte, die hitere Rache zu sagen, und so zog er sich, so gut es ging, aus der peinlichen Lage. Als ihm Scholz einmal ein Trio vorlegte, gab er die Partitur aufmerksam durch, nahm dann zum Schluss in seiner Zurückhaltung das letzte Blatt zwischen die Finger, rieb es ein wenig und sagte zu dem gespannt das Urteil erwartenden Scholz: „Sag mal, Bernhard, wo hast Du denn das vorzügliche Hornspiel her?“ Als Scholz schweigen blieb, rief der Glöckchenkomponist: „Sag mal, Bernhard, wo hast Du denn das vorzügliche Hornspiel her?“

Verklagt den Diktator!

Im „Vorwärts“ lesen wir:

Der bayrische Ausnahmezustand ist nur vier Stunden lang rechtmäßig gewesen. Mit dem Augenblick der Verkündung des Reichs Ausnahmezustandes war er nach dem klaren Wortlaut und Geiste der Verfassung glatt aufgehoben. Dennoch läßt Kahr als bayrischer Generalkommissar entgegen Recht und Verfassung weiter die Gewalt auf Grund der bayrischen Ausnahmeverordnung noch immer aus. Hätte das Reich die nötige Macht dazu — oder vielmehr nach unsrer Ueberzeugung nur die nötige Entschlußkraft —, so müßte Kahr längst wegen Hochverrats eingesperrt und angeklagt sein.

Es wäre indessen verfehlt, wenn man auf Grund einer tatsächlichen oder eingebildeten Machtlosigkeit des Reiches darauf verzichtete, alle Rechtsmittel in Anwendung zu bringen, um die Verfassungswidrigkeit der bayrischen Ausnahmeverordnung und die Ungültigkeit ihrer Anwendung in einzelnen Fällen feststellen zu lassen. Uns liegt eine Ankündigung unsers Regensburger Parteiorgans, des „Volkblatt“, vor, wonach es auf Grund der bayrischen Verordnung vom 26. September verboten wurde. Ein ähnliches Schicksal haben sozialdemokratische, kommunistische und sogar demokratische Blätter erlitten. Wir möchten daher anregen, daß alle betroffenen Zeitungen und überhaupt alle diejenigen, die unter den rechtswidrigen Maßnahmen Kahrs einen materiellen Schaden erlitten haben, gegen den bayrischen Staat oder noch besser gegen Kahr persönlich auf dem Wege der Zivilklage Schadenersatzansprüche geltend machen.

Es ist zwar kaum wahrscheinlich, daß sich ein bayrisches Gericht finden wird, um den Klägern zu ihrem klaren Rechte zu verhelfen. Trotzdem sollten solche Prozesse oder wenigstens ein einziger unter diesen bis zur letzten Instanz geführt werden; denn die höchste Instanz wäre das Reichsgericht, und es kann als absolut sicher angenommen werden, daß rechtschaffene Juristen, die nicht von separatistischer Verblendung geblendet werden, die Rechtswidrigkeit der Kahr'schen Verfolgungsmaßnahmen und daher auch die Berechtigung von Schadenersatzklagen anerkennen werden.

Meridings läßt es sich voraussehen, daß man in Bayern derartige Prozesse ins Uferlose zu verschleppen suchen wird, um eine Entscheidung des Reichsgerichts erst zu einem Zeitpunkt erfolgen zu lassen, wo, nach der Hoffnung der bayrischen Reaktion, entweder Bayern überhaupt nicht mehr zum Reiche gehören oder der Kahr'sche Kurs in ganz Deutschland eingeführt sein würde. Deshalb genügt der hier angeregte Weg nicht. Es ist u. E. auch die Pflicht der Reichsregierung, nicht nur im Interesse der widerrechtlich Geschädigten, sondern überhaupt im Interesse der Reichsautorität, eine solche Klärung von sich aus herbeizuführen, die ganz im Sinne des von allen Koalitionsparteien im Reichstag angenommenen sozialdemokratischen Antrags liegt.

Deshalb erwarten wir vom Reichskabinett, daß es den Reichsjustizminister dazu ermächtigt, un verzüglich eine Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig über die Ungültigkeit der bayrischen Ausnahmeverordnung und sämtlicher Maßnahmen, die kraft dieser erlassen wurden, herbeizuführen.

Die thüringische Regierungserklärung.

Namens der neugebildeten thüringischen Landesregierung gab in der Mittwochvormittag-Sitzung des thüringischen Landtags Staatsminister Rüdlich eine programmatische Erklärung folgenden Wortlauts ab:

Die neugebildete thüringische Regierung ist eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. Ihr Ziel ist die Abwehr der ungeheuren Gefahren, welche die Grenzen der thüringischen wie der gesamten deutschen Republik und sogar das nackte Leben der werktätigen Bevölkerung täglich drohend bedrohen. Es ist kein Zweifel mehr, daß die offenen und verkappten Faschisten in Bayern und Norddeutschland nicht nur die sozialistischen Parteien, sondern alle proletarischen Schichten und Republikaner, das gesamte werktätige Volk Deutschlands in seinem Lebensnerv bedrohen. In der gemeinsamen Lösung aller faschistischen Richtungen, „Nieder mit dem Marxismus!“ ist das Signal zur endgültigen Niederwerfung und Verflüchtigung aller Verflüchtigten bereits gegeben, die ersten Schritte zu seiner Ausführung traten in Bayern wie im Reiche sichtbar hervor.

Der Ausnahmezustand im Reiche, der nach der Angabe der Reichsregierung gegen die monarchistisch-faschistische Diktatur in Bayern gerichtet sein sollte, richtet sich in Wahrheit fast ausschließlich gegen das „rote“ Mitteldeutschland. Die durch den Belagerungszustand, das brutale Gemaltregiment politisch verflüchtigt, losgerissen und unverantwortlicher Militärs geschaffene Lage hat es den Großkapitalisten inzwischen schon ermöglicht, ihre wirtschaftliche, soziale und finanzielle Offensive gegen die arbeitenden

Massen im vollen Umfang zu eröffnen. Elend und Not ist die Folge dieser Verhältnisse für die werktätige Bevölkerung. Die Zahl der Beschäftigten wird weiter ungemein vermindert durch die Hundertausende von Existenzen der Mittelschichten und der freien Berufe. Das Fundament, auf dem das gesellschaftliche Gebäude aufgebaut ist, wird durch die Gesellschaft selbst zerstört.

Im besetzten Gebiet gehen rücksichtslose Interessenpolitiker der großkapitalistischen Kreise Deutschlands dazu über, die Folgen der imperialistischen Politik auf die Massen des arbeitenden Volkes abzuwälzen. Um dieses Ziel zu erreichen, scheidet man sich an, die in jahrzehntelangem Ringen geschaffenen Positionen der organisierten Arbeiterkraft zu zertrümmern. Diesen Bestrebungen gegenüber erklärt die thüringische Regierung, daß sie sich in erster Linie als Beschützerin der notleidenden und ausgebeuteten Massen fühlt. Ihre besondere Sorge soll den Kernkräften gelten.

Der erste und ausschlaggebende Schritt für eine effektive Eindämmung des drohenden wirtschaftlichen und finanziellen Zerfalls ist die Erfassung der Sachwerte durch das Reich, der zweite die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster. Für diese Maßnahmen wird sich die thüringische Regierung mit aller Energie einsetzen. Sie wird mit der gleichen Energie eintreten für die Durchführung einer wirksamen Produktionskontrolle unter Mitarbeit der werktätigen Bevölkerung, für die unbedingte Aufrechterhaltung des Achtstundentags und die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Rechte der Betriebs-

Dollar Amtl. Notiz vom Mittwoch 5 486 250 000, Donnerstag 8200000000 mittig, nicht amtlich. Letzter Kurs in Newyork 5 000 000 000 Mt.

räte, der Gewerkschaften und aller sonstigen Arbeiterrechte. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird gegen unberechtigte Betriebsstilllegungen eingeschritten und die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe ermöglicht werden.

Die Rechte der Kontrollauschüsse in den Kreisen und Gemeinden werden im Rahmen der Reichsbestimmungen durch Verordnung festgelegt. Die Kreis- und Gemeindebehörden haben bei allen zur Zuständigkeit des Kontrollauschusses gehörenden Maßnahmen, insbesondere bei der Lebensmittelversorgung und -verteilung und bei der Bekämpfung des Wuchers, mit den Kontrollauschüssen zusammenzuarbeiten. Mit besonderer Energie wird die thüringische Regierung in der Bekämpfung ihres Einflusses auf die Reichspolitik und in ihrer eignen thüringischen Politik alle Maßnahmen fördern, die auf Sicherstellung einer ausreichenden Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und eine zeitgemäße Erhöhung der Renten der Kriegsveteranen, Kriegerhinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner abzielen.

Die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden durch außerordentliche Schwierigkeiten politischer Art vermehrt. Die Kreise des deutschen Volkes, die bis vor wenigen Jahren die politische Alleinherrschaft inne hatten, gehen zum offenen Angriff gegen die republikanische Staatsform über. Die der Republik vorkämpfenden Steuern sind dazu benutzt worden, eine bewaffnete Organisation aufzubauen, die der Republik den Todesstoß versetzen soll. Die bereits entstandenen Schwierigkeiten zu meistern, glaubte die Reichsregierung, den militärischen Ausnahmezustand nötig zu haben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Politik der militärischen Vorgesetzten sich nicht im geringsten richtet gegen die offenen Feinde der Republik, sondern gegen ihre treuesten Verfechter, die Massenbewegte Arbeiterkraft.

Demgegenüber erklärt die thüringische Regierung ihren festen Willen, das Land Thüringen als einen Bestandteil der einheitlichen deutschen Republik unter allen Umständen zu erhalten und ihre Politik auf die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und auf die entschiedenste Abwehr der verfassungswidrigen Militärdiktatur einzustellen. Der Grundgedanke der Reichs- und Landesverfassung wird uneingeschränkt festgehalten und zur Geltung gebracht: Die Staatsgewalt wird ausgeübt allein durch die verfassungsmäßigen Organe des Reiches und des Landes Thüringen. Die thüringische Regierung wird daher bestrebt sein, die Exekutivgewalt den Zivilbehörden des Landes wiederum zu übertragen.

In diesem Bestreben weiß sich die thüringische Arbeiterregierung eng verbunden mit der benachbarten sächsischen Arbeiterregierung. Sie rechnet bei dieser Durchführung ihres Kampfes gegen die Feinde der Republik und des werktätigen Volkes auf die Unterstützung und opferbereite Mitarbeit aller unter der kapitalistischen Ausbeutungspolitik leidenden Schichten in ganz Deutschland und ihrer Organisationen. Um ihren Abwehrkampf erfolgreich führen zu können, wird sie den Staatsapparat energisch säubern und alle, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitalismus offen oder verdeckt sich betätigen, und alle national-faschistischen Geheimorganisationen, unter Zuhilfenahme der staatlichen Exekutive, aufs schärfste bekämpfen. Die Polizeiorgane innerhalb des Landes werden berufen, sich unter der Leitung zuverlässiger republikanischer Beamter gestellt. Zum Schutze der Verfassung werden die in Bildung begriffenen Republikanischen Notwehren ausgebaut und neue geschaffen.

Die thüringische Regierung hat aber noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Thüringen ist Grenzland desjenigen deutschen Gliedstaats, in dem die Gegner der Republik faktisch die Staatsgewalt bilden. Es ist kein Geheimnis, daß jene Kreise sich bereits so stark fühlen, den „Marsch auf Berlin“ anzutreten, um von dort aus die „Herrschaft des Marxismus“ zu brechen. Die thüringische Regierung weiß, daß der Erfolg der Politik dieser Kreise den offenen blutigen Bürgerkrieg heraufbeschwören wird, der den Zerfall der Reichseinheit bedeutet. Sie erklärt deshalb mit aller Bestimmtheit, daß sie ihre weitere Aufgabe erblickt in der Erhaltung der Einheit des Reiches. Sie erklärt ausdrücklich, eine Regierung der unverbrüchlichen Treue zur Reichseinheit zu sein.

Gestützt auf die Arbeiter und Angestellten, die Beamten der Angehörigen der freien Berufe, die Kleinbauern und die sinkenden Mittelschichten will sie die Gefahren der großkapitalistischen Diktatur und ihrer Handlanger bannen. Wir stehen der deutschen Republik und werden in enger Verbindung mit Sachverständigen und allen andern noch entkeimenden Arbeiterregierungen einen festen Block bilden für die Einheit des Deutschen Reiches und für die Herstellung einer Arbeiterregierung in Deutschland.

Die Rührtriner Putschisten.

Der Hochverratsprozess gegen die 14 Rührtriner Führer des Rührtriner Putschversuchs soll noch in dieser Woche vor dem Ausnahmegericht in Kottbus beginnen. Die Anklage, die auf Hochverrat lautet, ist den Angeklagten am Montag zugeestellt worden. Für die Verhandlung, für die vorläufig 2 Tage vorgesehen sind, sollen umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Aus diesem Grunde ist für den Prozess ein ungewöhnlicher Verhandlungsort, nämlich die Kirche des Kottbuser Zentralgefängnisses, ausgewählt worden, die einen ungehörten Gang der Verhandlungen in jeder Weise gewährleisten dürfte.

Während der Dauer der Verhandlungen sollen Reichswehrabteilungen nach Kottbus beordert werden. Zum mindesten wird für einen Teil des Prozesses die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Das Zeugnisaufgebot wird ziemlich umfangreich sein. Die Verteidigung der Angeklagten liegt fast ausschließlich in den Händen Kottbuser Rechtsanwälte.

Gegen den militärischen Ausnahmezustand

Vom Parteivorstand wird uns mitgeteilt: Der Parteivorstand hat sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit dem militärischen Belagerungszustand und den durch ihn geschaffenen Zuständen in den Einzelstaaten beschäftigt. Er ist dabei einmütig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die schnelle Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wieder herzustellen.

Notizen.

Merkwürdigerweise freigesprochen. Vor dem Volksgericht in Regensburg fand am 15. Oktober gegen den verantwortlichen Redakteur unsers Parteiorgans für die Oberpfalz, der jetzt verbotenen „Volkswacht“, ein Strafprozess wegen drei Verbrechen des Landesverrats und eines Vergehens gegen die bayrische Notverordnung vom Mai 1923 statt. Für die ganze Verhandlung, die vom Vormittag bis in die späten Nachstunden dauerte, war ein vollkommener Ausschluss der Öffentlichkeit verfügt. Der vom Rechtsanwalt Genossen Gaenger verteidigte Redakteur Sturm wurde von sämtlichen Anklagen unter der Kostenüberbürdung auf die Staatskasse freigesprochen. Die Beschuldigung wegen Landesverrats war wegen Veröffentlichung derselben Mitteilung über Waffenfunde erhoben worden, wegen der Feinheit die „Münchner Post“ für eine ganze Woche verboten wurde.

Der Diktator greift über Bayern hinaus. Durch eine Verordnung Kahrs werden Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzbund oder einer ähnlichen Einrichtung der Sozialdemokratie oder der Kommunisten auch außerhalb Bayerns verboten, ebenso die Teilnahme an Meetings oder Veranstaltungen oder Zusammenkünften solcher Verbände. Er wird schon großwahnwitzig, dieser Kahr.

Depeschen.

Kottbus spricht in München.

M. München, 18. Oktober. Der aus der Gastentlassene Kottbusch wird am Freitag bei einer Feier der Kottbusch-Abteilung München und des Deutschen Kampfbundes im „Sönerbräu“ mit einer Rede vor seine Anhänger treten. Auch Hitler wird dort sprechen. (Gegen Kottbusch ist nach seiner Entlassung von Reich wegen die Schutzhaft verhängt worden. Er war nicht zu erreichen. Jetzt taucht er in München auf. Dort ist er noch weniger zu erreichen. Er wie Ehrhardt sind sicher vor dem Zugriff des Reiches unter dem Schutze des Diktators Kahr, gegen den kein Reichswehrgeneral ein Ultimatum erläßt. Red.)

Sie zanken sich.

M. München, 18. Oktober. Der „nationalsozialistische“ „Völkische Beobachter“ und das Kampfbundorgan „Heimland“, die 10 Tage verboten waren, sind jetzt bei ihrem Wiedereerscheinen voll von Kritiken an der Tätigkeit des Generalkommissars v. Kahr. Die Artikel dieser beiden Blätter lassen sich in ihrer Grundtendenz dahin charakterisieren, daß die Wlage an den v. Kahr geklärten Kurs erneut in sachlich schärfster Form zum Ausdruck gebracht wird.

Bayern wird abgestreift.

M. München, 18. Oktober. Die Postverwaltung hat in Vollzug der Anordnung des Generalkommissars über die Genehmigungspflicht des Versandes von Wiltzeugnissen aus Bayern strengste Maßnahmen getroffen, um den unerlaubten Versand dieser Erzeugnisse durch die Post zu unterbinden. (Es gibt also weder Butter noch Käse aus Bayern. Kahr macht seine eigne Ernährungspolitik und schließt auch wirtschaftlich Bayern vom Reich ab. Red.)

10 Milliarden Mark Belohnung!
In der Nacht vom 15. bis 16. ds. in aus untrer Kohlenraummittel Südböh
1 Ledertreibriemen
125 Meter 400 Millimeter breit gefertigt. Obige Belohnung schon wir demjenigen zu, der Angaben zur Wiedererlangung des Riemens und Ermittlung der Diebe macht, so daß deren Bestrafung erfolgen kann.
1731 Expeditions-Kontor.

Für Sänger, Redner, Raucher, Sportleute
Waldbrand TABLETTEN
Bei Husten, Heiserkeit, Katarrh Schleimhäuten, erschlaffend und durstlöschend.

Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Mühlstadt.
Todesfälle. 18. Oktober: Annalder Kaiser Andreas Jerau aus Niederradeleben, 68 J. Wwe. Karoline Schneider geb. Krauer, 76 J. Raurer Heinrich Ryde, 67 J. Gabelmann Wilhelm Siegel, 75 J. Gustav S. des Kaufm. Joachim Schenk, 65 J. Gönnd. Güterverwalter f. N. Robert Grotel, 63 J. Weichensteller f. N. August Voigt, 77 J.
Magdeburg-Neustadt.
Todesfälle. 16. Oktober: Arbeiterinvalide August Böhm, 59 J.
Magdeburg-Buckau.
Todesfälle. 14. Oktober: Ida geb. Feindl, Ehefrau des Arbeiters Gustav Wiedemann, 25 J. — 16. Oktober: Helene geb. Scherff, Ehefrau des Lohnbeamten Walter Schult, 55 J.

Billige Bücher
finden Sie in unserm
Modernen Antiquariat.
Buchhandlung Volkstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3

Deutscher Eisenbahner-Verband
Sterbetafel
Hermann Wittner verstarb am 5. 7. 23 an Bluthrantheit.
Ernst Lange verstarb am 9. 7. 23 an Magenleiden.
Fritz Rebel verstarb am 16. 7. 23 an Magenleiden.
Fritz Emdemann verstarb am 20. 7. 23 an Anfall.
August Reiche verstarb am 24. 7. 23 an Magenleiden.
Konrad Wäikel verstarb am 2. 8. 23 an Anmachtung.
Otto Harthe verstarb am 4. 8. 23 an Anfall.
Wilhelm Karweit verstarb am 11. 8. 23 an Wasserucht.
Marie Schabowski verstarb am 18. 8. 23 an Bluthrantheit.
Ferdinand Pisch verstarb am 23. 8. 23 an Lungenlatach.
Albert Wähle verstarb am 24. 8. 23 an Blindvergiftung.
Ernst Weinselz verstarb am 29. 8. 23 an Anfall.
Friedrich Witt verstarb am 8. 10. 23 an Tuberkulose. Erbe ihrem Anbenden.
Die Ortsverwaltung Magdeburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Freitag den 19. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Reichsbureau
Vertrauensmänner-Sitzung
der Klempner, Elektromonteur und Heizungsmonteur.
In dieser Sitzung kommen Brandentzündungen und Vertrauensleute.
Tagordnung: Stellungnahme zum Schiedspruch.
Die Verwaltung.

Bekanntmachung.
Die Stadt Burg kauft für die Winterverföhrung ihrer winterbedürftigen Bevölkerung jeden Posten
Speisefartoffeln
zum Tagesprets und gegen sofortige Bezahlung. Angebote und Anfragen im Zimmer Nr. 8 des Rathauses, Fernsprecher 4. Zwischenhändler kommen nicht in Betracht.
Burg, den 17. Oktober 1923.
Der Magistrat.

Nachruf.
Am 17. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Schloffer
Hermann Sander
Ein ebrenndes Andenken ist ihm gewis.
Die Beerdigung findet am Sonnabend den 20. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des neuen Sönderburger Friedhofs aus statt.
173.
Die Belegschaft der Magdeburger Werkzeug-Maschinenfabrik, A.-G.

Am Montag den 15. Oktober farb nach langem, schwerem Leiden meine Kassirerin Frau
Paula Lorenz
Durch Fleiß und treue Pflichterfüllung war sie mit einer liebe Mitarbeiterin geworden, deren Heimgang mich in tiefe Trauer versetzt hat.
Ich werde ihr stets ein ebrenndes Andenken bewahren
Gieorgied Gohn, Bedereiwaren, Magdeburg. 311

Taifun

oder
Im Schmugglerschiff nach St. Franzisko

nennst dich das großartige amerik. Werk, das in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt hat. Niemand erkennt die größten deutschen Regisseure an, daß die deutsche Technik selber noch nicht so weit vorgeschritten ist, um eine derartige Filmschöpfung herzustellen. Allgemein wird „Taifun“ als

der größte Sensationsfilm anerkannt.

Außerdem:

„Eine Stunde Lachsalben.“

Fatty in: **Alles aus Liebe**
und
die steifste amerikanische Groteske
Die Schneekur



Sonntags 1/2

Wochentags 1/2

Durch besonders günstige Kaufabschlüsse bin ich in der Lage, meiner werten Kundschaft bei Einkauf von

Herren- und Kostümstoffen

grosse Vorteile zu bieten.

Ab Freitag den 19. Oktober

stelle größere Posten Stoffe zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Als besonders billig empfehle große Posten

Prima blauen Kammgarn-Twill, 140 cm breit.

— **Die grosse Mode** für Herren-Anzüge und Jackenkleider. —

Neuheiten in Affenhaut, gestreift und glatt, für **Damenmäntel**

Winter-Paletots schwarz und marengo, für **Ghrock-Paletots** passend.

Ulster- u. Joppenstoffe enorm billig

Größere Posten **Rester** in Längen von 1 bis 4 Meter,

1729 passend für **Anzüge, Hosen, Mäntel usw.**

Gekaufte Stoffe werden bei Anzahlung bis 4 Wochen zurückgelegt.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Schneidermeister.

Kompl. Futterzutaten! Samtkragen enorm billig!

Schatzanweisungen u. Goldanleihe wird in Zahlung genommen.

Louis Kaufmann

Alte Ulrichstraße 5 Telephone 7920

Verkaufszeit: Vormittags 10 bis 1 Uhr, nachmittags 4 bis 6 Uhr.



Werktags
4, 6 1/2, 8 1/2

Sonntags
ab 3 Uhr

Die Forderung des Tages:
Was verlangt das Vaterland?
Unser Riesensfilm

Wilhelm Tell

sagt es Ihnen. Mitwirkende:

Konrad Veidt, Hans Marr, Erna Morena,
E. Kaiser-Titz, Rameau, Riemann, Gebühr,
Käthe Haack, Peterhans, Gülstorff, Xenia
Desni, Grete Reinwald, v. Winterstein,
Karl Ebert, Agnes Straub, Diegelmann.

Der Film läuft in Berlin zurzeit in 12 Theatern mit
ungeheurem Erfolg!

Der eindrucksvolle Charakter wird noch erhöht durch die
gütige Mitwirkung des beliebten und alleseitig anerkannten

Magdeburger Konzert-Quartetts
(Aulich, Kellner, Wiese, Müller).

Wegen der sehr großen Länge des Films kann nur noch

Die neueste Messterwoche

gezeigt werden.

Jugendliche haben bis 6 1/4 Uhr Zutritt zu
halben Preisen.

Vereine, Schulen, Verbände
die beabsichtigen, die Vorstellungen geschlossen zu
besuchen, wollen sich mit unserem Bureau in Verbindung
setzen. — Telephone 1951.

Sonntag vormittag 11—1 Uhr:

:: Große Frühvorstellung ::

Städtische Theater

Freitag den 19. Oktober

8. Abend

Der Schatzgräber

von Fr. Schreier.

Anf. 6 1/2, Ende 10 Uhr

Wilhelm-Theater

Freitag den 19. Oktober

Vorstellung f. d. Gewerkschaften u. Angestellten

Der eingebildete Franke

Kaufspiel von Mosche

Anf. 7 1/2, Ende 9 1/2 Uhr

Tiermarkt

Seute eingetroffen

Mittel

Ferkel u. Pötte, gute

Kaff. Best. prom. Mast.

Stevensler 1, Fetz u. Söhne

Zentral

Füglich

7 1/2

Des Königs Nachbarin

Friedrich d. Große

Max Grünberg a. G.

25. Freitag den 19. Oktober

25. Aufführung 25.

unter persönl. Leitung des Komponist

Léon Jessel.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

25.

CIRCUS
Vorverkauf
10 bis 7 und ab 4 Uhr
im Circus.
Anfahrkarte
für je 15 Pfd. Kinder
erhalten Sie zwei
gute Plätze.

Täglich 7.45 Uhr
Sonntag 9 1/2 und 7 1/4 Uhr.

Haben wir zu viel versprochen?

Täglich 7.45 Uhr
Sonntag 9 1/2 und 7 1/4 Uhr.

Tapeziert eure Wohnungen

gemalte Zimmer sind nicht billiger
Tapezie macht d. Zimmer wohnlicher
Tapezie ist haltbarer als Anstrich
Tapezie ist leichter anzubereitern
Tapezie hält die Wärme besser
im Raum. 1725

Sachgemäße, nähere Auskunft erteilt gern

Cremers Tapetenhaus

— Sabber: Blüthow & Erdmann —
Dr. Münzstr. 1. Telephone 5240.
Zweiggeschäfte: Breslau, Leipzig, Chemnitz.
Größte Auswahl in den ein-
schlichsten bis zu den allerfeinsten Tapeten
zu allerhöchster gefälliger Preisen.
Zweiggeschäfte: Kreslau, Leipzig, Chemnitz

Sie erhalten Ihr
Papiergeld wertbeständig
indem Sie sich bei uns
Anteilscheine
1723 kaufen, welche Sie
zum **Ankauf** von
**Stahlrohrbetten, Stahlrohr-
matratzen, Polsterauflagen**
jederzeit verwenden können.
Fritz Sievert & Co.
Bahnhofstrasse 11.

Auf Teilzahlung Möbel

Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer
Stühle, Schreibtische, Einzelmöbel
Herren-Garderobe
auch **Tasch** gegen Naturalien.
Biener & Chusid
23 Himmelreichstraße 23
Kredit nach auswärts.

Praktisch und billig!
Der beste Ratgeber
für alle in Haus, Hof und Garten
vorzunehmenden Arbeiten
Ist ein Lehrmeisterbüchlein.
Praktische Räte und Anleitungen,
Siele Abbildungen und Tafeln.
Zu Ausnahmepreisen
Eine Nummer 60 Millionen Mark
Fünf Nummern 250 Millionen Mark
Zehn Nummern 400 Millionen Mark
Statt einer Nummer 275 Millionen
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Stellenangebote

haben den besten Erfolg
in der
Volksstimme

Wolle

Strumpf- u. Woll-
stoffe in sämtlichen
Sorten, feinsten, besten,
u. schönsten etc.
H. Märken
Regensburg, Otto-
u. Söhne
Grafstr. 101
Tel. 2978

Beinschäden

Salbe
Kirsan
Hof-Apotheke
Seckitzweg 138.

Steinfieber

Achtung!
in Sandstein- u. Gestein,
Nies. ca. 1 1/2 ft. 23 Goll
v. d. H. Schmidt, Berlin
Loden, 11-1 u. 12.

Anfertigung

und Umarbeitung von
Wäsche jeder Art
auch aus gegebenen Stoffen!
Hohlsamarbeiten
Knopflochnähen
— mit der Hand oder Maschine —
Namenstickerei
Billigste Preise!
Werkstätten im Hause
Peter Georg Jahn

Walhalla Lichtspiele

Apfelstraße 12 — Apfelstraße 12
Ein unvergleichlich schönes, mit größter Sorgfalt
zusammengestelltes, dem berühmtesten Geschauf
Rechnung tragendes
Elite-Programm
Wollen wir es heute in unserer neuen Spielplan.

Lya Mara
Erich Kaiser-Titz
Violet Lyle
Charles Willi Kaiser
Grete Flor

Die Hauptdarsteller in dem wunderbaren Schauspiel
Sergius Panin
ein schmerzlicher Film.
Die Lame eines Dollarkönigs
105 Beryll
Lya Mara als unheimlichster Mörder und der faszinierende Kampf
mit seiner ganz jungen Braut. In einem dramatisch-epischen
Zug führt sie den Zug „Der Herrsche Schaner“ zu seinem Ende.
Das Kind der Diva
Der letzte K. L. Film.
Der letzte Film, den wir werden Sie belächeln zu werden.
Erstausführung: 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Wichtige Bekanntmachungen

Verkauf von...
Der...
...

Unsre Kalender für 1924!

Mitteldeutscher Volkskalender. Mit Erzählungen, Ge-
büchtern u. Gemälden. Preis 25 000 000 Mark.
Neue-Welt-Kalender. Mit Bildern, Berühmte Abbildungen,
Erzählungen u. Gedichte. Preis 25 000 000 Mark.
Unser Wandkalender. Jeder jeden Tage 12 Mal für einen
Tag. Preis 100 000 000 Mark.
Kalenderlicher Wochen-Abreißkalender.
Preis 100 000 000 Mark.
Bestellen Sie bei:
Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.

Panorama-Lichtspiele.

Wir haben selbst größte Mittel nicht gescheut,
um das erfolgreichste Film-Spiel der Saison
Mabel u. ihre Freier
unserm Theater zu sichern. — Kammerjänger
Alois Benvenuti
den Magdeburgern bekannt durch sein diesjähriges
Gastspiel im Gesellschaftshaus Hohenzollern, ist
der Träger der Hauptrolle. Im Gesangsteil
wirken persönlich mit:
Konzertfängerin Frä. Bergholz,
Herr Opernfänger Theo Friedel
Der Film enthält eine Reihe der schönsten
Lieder und Gesänge, wie:
Reizender Schmetterling / In ihren bunten Liedern
Süß wie die Nacht / Wenn du fein fromm bist
Habameza-Duett aus Carmen / Wallgeflüster / Hab
ich nur deine Liebe / Wenn endlich die Nacht
Lebte Rose / Schlaf, Herzensjüngchen / Vater,
Mutter, Schwester, Bruder / Nur das eine bitt
ich dich / Sag mir das Wort / Winterlied v. Hof.
Eine zweite Sensation
Kahler-Hehl : Beer : Louis Ralph
in
John Barker
Der große Abenteurer.
Beginn: Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Oktober 1923.

Die Brotbeihilfe.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung ab. Der Entwurf von Richtlinien über die Verordnung der Brotbeihilfe wurde beraten. Da infolge der außerordentlichen Gelbentwertung die inzwischen eingegangene erste Rate der Brotabgabe bei weitem nicht für die vorgesehene Unterstützung ausreicht, hat sich die Reichsregierung entschlossen, für Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsopfer und Erwerbslose Unterstützungen durch Erhöhung der Renten zu gewähren. Die Mittel der Brotabgabe sollen ausschließlich für diese Familien zugute kommen. Auch hierfür wird die erste Rate der Abgabe nicht hinreichen. Das Reichsfinanzministerium wird daher Vorschläge auf die zweite im Januar fällige Rate der Brotabgabe an die Länder in wertbeständiger Weise geben, so daß für die noch in Betracht kommenden Monate des Wirtschaftsjahres jeden Monat 1 Million Goldmark flüssig gemacht werden.

Die Brotbeihilfung für jedes Kind vom vierten Kind ab soll 40 Prozent des Preises des marktfreien Brotes von 4 Pfund nicht übersteigen. In der Vorlage der Regierung ist vorgesehen, daß die Mittel nur verwendet werden für kinderreiche Familien in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern. Die Länder können auch andere Bedürftige unterstützen, soweit das die Mittel gestatten. Ausgeschlossen von der Beteiligung sind selbstverständlich die Selbstverfolger.

Die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge.

Das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober bringt mit seiner Bekanntmachung auch sofort in das Wirtschaftsleben einschneidende Bestimmungen, so auch eine über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom gleichen Tage der Bekanntmachung des Ermächtigungsgesetzes. Um das Reich von unproduktiven Lasten zu befreien, sind vom 1. November an die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch Zuschüsse der Gemeinden so aufzubringen, daß hier fünfzig des notwendigen Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises und der notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises gedeckt sind. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen diesen Betrag je zur Hälfte. Die Beiträge sind von den Arbeitnehmern aufzubringen, die auf Grund der Reichsversicherungspflichtversicherung sind, und von ihren Arbeitgebern. Die Beiträge werden von dem Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises festgesetzt und betragen Bruchteile der Krankentagebeiträge, dürfen aber 20 v. H. des Krankentagebeitrages nicht übersteigen. Als Einzugsstellen sind die Krankenkassen bestimmt, welche diese Beiträge als Zuschläge zu den Krankentagebeiträgen und mit den Beiträgen einzuziehen haben. Die Krankenkassen haben diese Beiträge dann sofort an den zuständigen Arbeitsnachweis abzuführen.

Die Bestimmung der Krankenkassen als Einzugsstellen bringt den Krankenkassen erneut eine Verwaltungsarbeit, die sie neben anderen u. a. m. für das Reich ausführen müssen. Die Arbeitgeber tun gut, sich schon jetzt auf den Weg dieser Beiträge einzurichten, damit alle Vorbereitungen getroffen sind, wenn der endgültige Beitragssatz vom öffentlichen Arbeitsnachweis bekanntgegeben wird. Bei vielen Krankenkassen wird als Folge der Ausführung dieses Gesetzes die Erhöhung des Beitragssatzes eine Begleiterscheinung sein. Ob man durch die Nichterstattung der Verwaltungskosten an die Krankenkassen dies beabsichtigt, ist nicht zu sagen. Fest steht aber, daß für die Versicherter und Arbeitgeber die Beiträge zu dieser Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge höher sind, je höher die Krankentagebeiträge prozentual sind, weil ja die neuen Beiträge Bruchteile der Krankentagebeiträge ausmachen. Diejenigen Krankenkassen, die schon unter irgendwelchen ungünstigen Verhältnissen leiden, leiden dann doppelt.

Es wird einmal Aufgabe des Ausschusses des Arbeitsnachweises sein, hierauf Rücksicht zu nehmen, andererseits werden aber die Krankenkassen bestrebt sein müssen, ihre Ausgaben einzuschränken, soweit es nur irgend geht, um möglichst niedrige Beitragssätze zu erhalten, und um dadurch wieder die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge so niedrig wie möglich zu halten. Mehr denn je liegt es deshalb fortan im Interesse aller an der Krankensicherung Beteiligten, die Krankenkassen nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es sich nicht umgehen läßt.

Gegen die freie Wohnungswirtschaft.

Der Vorstand des Magdeburger Mietervereins nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu der Frage, wie weit das Ermächtigungsgesetz die Regierung veranlassen würde, einschneidende Veränderungen in der Wohnungswirtschaft vorzunehmen. Eine Preisobergrenze der Wohnungen sowohl als auch die Einführung von Mietminderungen würde ein derartiges Unglück über Deutschland bringen, was damit das Beste verlorenginge. Wie in der Presse bekannt wurde, wird die Umgestaltung der Wohnungsbauabgabe geplant, ebenso soll die Reparaturfrage anders eingestellt werden. Die Mieterschaft muß sich auf schwerwiegende Entschlüsse gefaßt machen. Nur eine starke Mieterorganisation wird den Schutz der Wohnungen sichern. Die freie Wohnungswirtschaft bringt die Volkswirtschaft nicht in bessere Zeiten, sondern verzögert Not und Elend. Wäre eine starke Kontinental-Organisation vorhanden gewesen, so würden die Lebensmittelpreise genau wie die Wohnungspreise in erträglichen Grenzen gehalten.

Der Vorstand des Mietervereins wird alles tun, um die gesetzlichen Körperlichkeiten rechtzeitig zu warnen, muß allerdings die Mieter immer wieder auf eine opferwillige Mitarbeit aufmerksam machen. Die Geschäftsstelle muß aufrechterhalten bleiben. Der Monatsbeitrag muß für Oktober nachträglich auf 5 Millionen Mark erhöht werden.

Freispruch im Giftmordprozeß.

Eine Giftmordaffäre beschäftigte das Schwurgericht Magdeburg am Montag und Donnerstag. Angeklagt war die Landwirtstochter und Hausbesitzerin Frau Antonie Lindstädt, am 23. April dieses Jahres sah ihrer Zwangsmieter, der Familie Mohr dadurch zu entledigen versucht zu haben, daß sie ihnen Strichnin in eine Suppe und in den Kaffee geschüttet hat. Strichnin ist ein ganz gefährliches Gift, das schon in sehr kleinen Mengen genossen, absolet tödlich wirkt. Der Familie Mohr fiel aber der bittere Geschmack der Suppe und Kaffee nach der Polizei und ermittelten Anzeige. In den Beweisen wurde dann auch Strichnin festgestellt und gegen Frau Antonie Lindstädt Anklage wegen Mordversuchs erhoben.

In der Verhandlung am Montag gab die Angeklagte, die sich offenbar nicht daran gewöhnen kann, daß sie auf Grund der betrübenden großen Wohnungsnot von ihrem Landhaus in Gommern, das sie ganz allein mit ihrem geisteskranken Bruder bewohnt, eine Wohnung abgeben mußte, eine zornige Schilderung ihrer Leiden durch Bosheiten der Zwangsmieter. Dabei machte sie die größten Ausfälle gegen die

„neuen Männer im Rathaus“, so daß der Vorsitzende, der auf den nervös-überreizten Zustand der Angeklagten weitgehendste Rücksicht nahm, wiederholt einschreiten mußte. Die Angeklagte, die eine gute Schulbildung genossen hat und sich sehr gewandt ausdrückt, spricht so leise, daß sie von der Anklagebank aus überhaupt nicht zu verstehen ist. Nur in ihren Ausfällen gegen die Behörden und gegen ihre Zwangsmieter wird sie laut und heftig. Sie erhält die Erlaubnis, sich vor den Richtern auf einen Stuhl zu setzen und sitzend ihre Aussagen zu machen. Sie gab sich dabei einen gequälten Ausdruck, der ihr offenbar das Mitleid vieler eintrug. Der unverständliche Freispruch kann beim besten Willen nicht anders gewertet werden als eine Wischung von Herz und Verstand, von Mitleid und Gerechtigkeit, bei welcher ersteres überwoog.

Denn die reine Gerechtigkeit hätte zu einer Verurteilung kommen müssen. Das Beweismaterial war erdrückend, wie auch der Staatsanwalt am Schlusse der Beweisaufnahme feststellte. Die Angeklagte hat mit allen Mitteln versucht, die behaupteten Zwangsmieter wieder loszuwerden. Zunächst auf legalem Weg, indem sie sich an die zuständigen Stellen in Gommern wandte. Der Beigeordnete Genosse Lerche wollte vermitteln und eine gemeinsame Aussprache der streitenden Parteien herbeiführen. Aber stolz lehnte es die Dame ab, mit diesem „Schneiderpaar“, wie sie sich wiederholt ausdrückte,

An unsere Leser!

Freunde, Gesinnungsgenossen! Wir brauchen euch kein Wort zu sagen von der ungeheuren Teuerung, die über das deutsche Volk gekommen ist und gerade in der letzten Woche entsetzliche Formen angenommen hat. Wenn das Brot heute 715 Millionen kostet, die Margarine 1 1/2 Milliarden, dann sind Hinweise überflüssig. Wir alle müssen leiden unter der wilden Ausbreitung eines wahnwitzigen Wirtschaftshysteriums, unter einer verbrecherischen Politik des Grabkapitals und der unglücklichen außenpolitischen Lage. Noch nie hat ein Volk das ertragen müssen, was über die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes hereingebrochen ist. Die deutschen Arbeiterorganisationen, die Arbeiterpresse waren in Not und Gefahren ein Schutz für die Arbeiterschaft, nun stehen sie vor dem Untergang. Das Letzte wird der Arbeiter damit verlieren.

Die „Volksstimme“ kämpft um ihre Existenz wie jeder Arbeiter. Ein verzweifelter Ringen hier und dort. Jeder einsichtsvolle Mensch weiß, daß es mit der Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung, in ihrem Familienleben einen rasenden Abwärts gibt, wenn die Arbeiterpresse einmüde ist. Um die Presse zu erhalten, ist die Geschäftsleitung gezwungen, den Bezugspreis für nächste Woche wieder zu erhöhen.

Der Preis beträgt 900 Millionen.

Wir wissen, es gehört Opfermut dazu, jetzt die Presse mit erhalten zu helfen. Aber wir können nicht bestehen, wenn die Opfermut fehlt. Die bitterste Not zwingt zu dieser Preisbestimmung! Anders kann die Zeitung nicht bestehen.

irgendwie zusammenzukommen. Für Fräulein Lindstädt scheinen überhaupt alle Menschen Luft gewesen zu sein, die nicht ihren Bildungsgrad hatten. Das brachte sie wiederholt zum Ausdruck, so daß der umgebene Zuhörer den Schluß ziehen mußte: Die Angeklagte ist eine recht unangenehme Hauswirtin gewesen.

Selbstverständlich löst so etwas auf der andern Seite nicht gerade freundschaftliche Gefühle aus, und so kam es denn zu Ränkereien und einmal, kurz vor der Tat, zu einem förmlichen Ringkampf zwischen dem 18jährigen Sohne der Frau Mohr und der Vermieterin. Ein paar Tage später wurde das vergiftete Essen vorgefunden.

Mit Entschiedenheit bestritt die Angeklagte, das Gift in das Essen getan zu haben. Wohl gibt sie zu, daß sie noch von ihrem Vater her Strichnin im Hause hatte, aber die Tat könnte höchstens ihr geisteskranker Bruder oder der Sohn der Mieterin selbst ausgeführt haben. Als ihr darauf Briefe vorgehalten werden, in welchen sie sich dieser Tat rühmt, meinte die Angeklagte, dies nur niedergeschrieben zu haben, um den Verdacht von ihrem geisteskranken Bruder abzulenkten.

Diese Briefe bringen den ganzen Haß der Angeklagten gegen die Zwangsmieter und gegen die Behörden zum Ausdruck. Am 15. Dezember schrieb sie an den Landrat und beschwerte sich bei diesem über den stellvertretenden Bürgermeister, Beigeordneten Lerche. Der Ton darin ist der Schlüssel zum Charakter der Angeklagten. Es heißt da: „Diese Sorte benimmt sich unglücklich... Der herrliche Lerche schickt Radabrunder mit“ (Schutzleute). In einem Brief an einen Rechnungsrat in Burg heißt es: „Man müßte das verfluchte Weib mit ihrem Sammel erschlagen und erwürgen.“ Und in einem andern Brief an den Rechnungsrat heißt es: „Die Mieter sehen unter dem Schutze der Kampelmänner auf dem Rathaus... Ich habe ihnen eine tüchtige Portion Gift in das Essen getan, leider haben es die Blutlanger nicht genommen... Solches Giftmord muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.“

Ein weiterer Schuldweis für die Angeklagte ist, daß sie am Tage nach der Tat ihrem Verwandten Schmidt auf dessen Frage, ob sie nicht selbst das Gift in das Essen getan hat, antwortete: „Wahrscheinlich.“

Die Verurteilung der Verhandlung auf Donnerstag war notwendig geworden, weil verdächtige Speisen, die die Familie Mohr im Juni, als der geisteskranke Bruder schon lange in der Irrenanstalt war, einwandlos chemisch untersucht werden sollten. Auch in diesen Speisen wurde Strichnin festgestellt.

Sachverständiger Gerichtsarzt Voretius hat die Angeklagte längere Zeit im Untersuchungsgefängnis auf ihren Geisteszustand hin untersucht und kommt zu dem Schlusse, daß Fräulein Lindstädt wohl eine hysterisch veranlagte und nicht ganz normale Person sei, daß sie aber nicht unter den Schutz des § 51 des Strafgesetzbuchs falle, sondern voll für ihre Taten verantwortlich zu machen sei.

Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage auf Mordversuch zu bejahen, während der Verteidiger für Ablehnung sämtlicher Schuldfragen plädierte.

Die Geschwornen folgten dem Verteidiger und lehnten sämtliche Schuldfragen ab. Demgemäß mußte das Gericht auf Freisprechung erkennen. Die Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten der Staatskasse. Die Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Die Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Republikanische Rotwehr. Heute Freitag 8 Uhr Abteilungsversammlung Große Münzstraße 3. Republikanische Rotwehr, Abt. Wilhelmsstadt. Am Sonntag den 21. Oktober, vormittags 1/9 Uhr Zusammenkunft.

— Achtung, Holzarbeiter! Der gefällte Schiedsspruch für die Schneidemühlener Kistenfabriken usw. wurde vom Arbeitgeberverband bei den Verhandlungen auf der Regierung für eine Woche angenommen. Lohnabkommen können abgeholt werden.

Deutscher Holzarbeiterverband.

— Der Brotpreis. Der Richtpreis für ein 2000-Gr Brot beträgt 715 000 000 Mark, für eine Bregel (Wasserbrot) 40 000 000 Mark, für eine Schrippe 20 000 000 Mark. Leider ist mit einem weiteren Steigen des Dollars auch mit einer weiteren Preiserhöhung zu rechnen. Damit steigt die Not der Massen ins Unerträgliche. Die Behörden sollten sich entschließen, ein feiltes Brot herzustellen. So kann es nicht weitergehen.

— Die Allgemeine Ortskrankenkasse veröffentlicht im Anzeigenteil Beitragsänderungen, wovon die Beteiligten Kenntnis nehmen wollen. Die Erhöhungen sind diesmal recht erheblich, weil die von dem Versicherungsamt bekanntgegebenen Ortslohn, der für die Berechnung der Beiträge und Leistungen der Dienstboten, unabhängig Beschäftigten und im Wandergewerbe Beschäftigten bestimmend ist, mit Wirkung vom 1. Oktober Grundzahlen nach den Friedenssätzen festgelegt worden sind, die mit der wöchentlichen Reichsrichtzahl für die Lebenshaltung pp. zu vervielfachen sind. Die neuen Ortslohn- und Beitragsätze gelten jedesmal vom Montag der auf die Veröffentlichung der Reichsrichtzahl folgenden Woche. Die gewerblich Beschäftigten haben nach wie vor 10 v. H. des wöchentlichen Brutto-Arbeitsverdienstes als Beitrag zu entrichten. Uns wird auch berichtet, daß noch viele Arbeitgeber gewerblich Beschäftigter mit der Einreichung von Lohnnachweisungen und Beitragsanzahlungen im Rückstand sind. Die Kassenverwaltung macht heute legimitat bekannt, daß die Einreichung von Lohnnachweisungen und die Beitragszahlungen wöchentlich erfolgen müssen. Wer dies veräumt, hat Beitragszahlung zu gewärtigen und muß die Beiträge ohne vorausgegangene Mahnung wertbeständig entrichten.

— Was kostet 1 Stunde Licht? Bei den enormen Summen, die heute allwöchentlich für den Verbrauch von Gas und elektrischem Strom bezahlt werden müssen — gehört doch der „Gasmann“ schon jetzt zu einer Art Hausvater — wird es die Hausfrauen interessieren, nach welchen Grundsätzen sie den Verbrauch von Gas und Strom selbst berechnen können. Es verbraucht eine normale Hängelampe flandrisch etwa 1/7 Kubikmeter, eine normale Stiehlampe etwa 1/5 Kubikmeter. Eine normale Kochflamme verbraucht flandrisch 4/10 bis 5/10 Kubikmeter. Die vielfach in Gebrauch befindlichen Sparlampen brauchen nur den hiebenden bis den fünften Teil einer Vollflamme. Beim elektrischen Strom stellt sich der Verbrauch bei den Metallgaslampen folgendermaßen: Eine 16kerzige Lampe verbraucht in 60 Brennstunden ein Kilowatt Strom, eine 25kerzige in 40 Stunden, eine 32kerzige in 30 und eine 50kerzige in 20 Stunden. Danach kann also eine Frau selbst berechnen, welche Summe für das Kochen einer Suppe aufzuwenden ist und was das Lichts gelassige Flamme kostet, um die sich bekanntlich die Hausbewohner scheren.

— Unbefugte Sammler. Zwei Leute ziehen auf dem Bande umher und verlangen Gelder und Gaben unter dem Vorgeben für Kriegsbekämpfung ohne Beine zu sammeln. Sie bemühen sich dabei fälschlicherweise auf die bekannte orthopädische Heilanstalt von Professor Doktor Wendt (Magdeburg). Es handelt sich bei diesen Sammlern um Schwindler.

— Zirkus Blumenfeld. Auf die Vorstellungen am Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr sei an dieser Stelle besonders hingewiesen. Der Nachmittag ist für die Landbevölkerung und Familien gedacht, die den Abend nicht erwidern können. Wer sich also am Sonntag ein paar angenehme Stunden bereiten will oder seinen Kindern eine Freude zu machen bemüht ist, der gehe zu den Blumenfelds.

— Eine Betriebsräte-Vollversammlung aller Gruppen findet am Dienstag den 23. d. M., abends 7 Uhr, im städtischen Saal, Apfelstraße (früher Richard's Festhalle), statt. Zu derselben wird der Reichstagsabgeordnete Genosse Wilhelm Dittmann (Berlin) über die derzeitige Wirtschaftslage und die Betriebsräte sprechen. Es ist Pflicht eines jeden Betriebsrats, sich die notwendigen Informationen über die so wichtige Frage dort herzuholen. Der Betriebsratsausweis dient als Legitimation.

— Ausgleichszahlungen für kaufmännische und technische Angestellte für die dritte Oberviertel. Vereinbarung wurde, daß neben der Zahlung in der 1. Woche von 17 Augusthalten, in der 2. Woche von 50 Augusthalten, in der 3. Woche 280 Augustgenalle gezahlt werden müssen. Insgesamt müssen also bis spätestens am 23. Oktober 347 Augustgenalle geleistet sein. Gehaltsrücklagen können bei Kurzarbeit nur erfolgen, wo 6 Wochen vor Quartalschluß bzw. 1/4 Jahr vor Quartalschluß Arbeitsrechnung angefertigt wurde. Bei Verhinderungen darf eine Gehaltsrückzahlung selbst bei Kurzarbeit nicht vorgenommen werden.

— Achtung, Schmiede- und Stelmacher-Lehrlinge! Der Regierungspräsident erklärte den Schiedsspruch des hiesigen Schlichtungsausschusses vom 4. Oktober für September, Oktober und alle folgenden Monate in der Logenstube zwischen der Schmiedezunft und der Wagenbau-Zunft einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und Deutschen Holzarbeiter-Verband andererseits gemäß der Verordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich. Die Lehrlingsätze sind wie folgt festgelegt: Im 1. Lehrjahr einen Stundenlohn eines Vollarbeiters über 22 Jahre, im 2. Lehrjahr drei Stundenlöhne, im 3. Lehrjahr fünf Stundenlöhne, im 4. Lehrjahr acht Stundenlöhne eines solchen Vollarbeiters für die Woche bei freier Kost und freiem Logis. Wird keine Kost und kein Logis gewährt, erhöhen sich die Sätze auf das Doppelte. Wir bitten unsere Kollegen, die tariflich festgelegten Sätze zu verlangen. Sollten die Firmen sich zur Zahlung nicht bereit erklären, bitten wir die Verwaltung zu benachrichtigen, damit wir für die Mitglieder die tariflichen Sätze einklagen können. Lokalarzt im Verbandsbureau.

— Vermittlung von Gastwirtspersonal. Infolge der schlechten Wirtschaftslage ist im Gastwirtsgewerbe die Anforderung von Arbeitskräften, besonders von Kuchenschneidern für die Sonntage, fast zurückgegangen. Das städtische Arbeitsamt wird daher die bisher am Sonntag vormittag vorgenommene Vermittlung von Kuchenschneidern für das Gastwirtsgewerbe vorläufig ausfallen lassen und bittet, Bestellungen schon am Freitag und Sonnabend während der Dienststunden vorzunehmen; an den Feiertagen (Weihnachten, Neujahr) bleibt die Vermittlung wie bisher bestehen. Die Vermittlung von Nebenberufsmustern wird wie bisher am Donnerstag nachmittag von 5 bis 7 Uhr vorgenommen.

— Verhandlung der Lebensmittel- und Getreidearbeiter. Der Schiedsspruch vom 18. Oktober für das Mühlengewerbe und das Brennerer- und Spiritusgewerbe, nach dem die Löhne um den Reichsindex von 534,2 Prozent erhöht werden, ist von beiden Seiten angenommen worden. Lohnabkommen gehen den Betrieben zu. Für die Brauindustrie tagt der Schlichtungsausschuß am Dienstag den 23. Oktober. Mit den Brauereien ist vereinbart, daß heute, Freitag, ein Abgleich von 60 Prozent zur Auszahlung gelangt. Diese 60 Prozent werden berechnet nach dem Lohne der Vorwoche zuzüglich des Reichsindex von 534,2 Prozent.

— Arbeiter-Samariterkolonne Magdeburg. Unsere Übungsmänner finden am Dienstag den 23. an im Rahmen der zweiten Raaben-Mittelschule, Magdalenenberg 2, nicht mehr Große Schulstraße Rath. Über den neuen Kursus „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ erfolgt in nächster Zeit nähere Bekanntmachung. Meldungen schon jetzt in den Übungsstunden.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Sonnabend (1. Abend): Schweiger. — Sonntag (Anrecht aufgehoben): Rarita. — Wilhelm-Theater. Sonnabend (Vorstellung für die Volkstheater): Zar und Zimmermann. — Sonntag (letzte Vorstellung): Der einsame Reiter

